

2. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 7. Juli 2014, 19:00 bis 20:30 Uhr
Ort	Saal reformiertes Pfarreizentrum ReZ
Vorsitz	Patrick Schnider (SP/Grüne), Gemeinderatspräsident
Anwesend	35 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Patric Crivelli Bruno Eggenberger Daniel Griesser Angelika Murer Mikolasek
Abwesend	Gabriela Dunst
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Andreas Sturzenegger: Bereich SVP Barbara Schori: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Stefanie Huber: Bereich glp/GEU und SP/Grüne
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollabnahmen
 - 2.1. Protokollgenehmigung der 26. Sitzung vom 7. April 2014
 - 2.2. Protokollgenehmigung der 1. Sitzung vom 5. Mai 2014
3. Dringliche Interpellation Stefan Kunz (SP/Grüne) und 19 Mitunterzeichnende "Postversorgung Dübendorf" / Begründung
GR Geschäft Nr. 1/2014
4. Einzelinitiative Kaspar Wohnlich "Kauf Areal Wasserfurren durch die Stadt Dübendorf zwecks Nutzung für preisgünstige Wohnungen nach dem Kostenmiete-Prinzip / Überweisung an den Stadtrat nach vorläufiger Unterstützung durch den Gemeinderat
GR Geschäft Nr. 2/2014
5. Jahresrechnung 2013 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 240/2014
6. Geschäftsbericht 2013 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 241/2014



7. Wahlen für die Amtsdauer 2014-2018
- 7.1. Wahl der Mitglieder der Sozialbehörde für die Amtsdauer 2014-2018
- 7.2. Wahl der Mitglieder der Jugendkommission für die Amtsdauer 2014-2018
- 7.3. Wahl der Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2014-2018

1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur zweiten Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018. Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Besonders begrüsst wird der bisherige Stadtschreiber, welchem der Gemeinderatspräsident seinen Dank für die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre sowie gute Wünsche für seine Zukunft ausspricht. Ebenfalls begrüsst er den neuen Stadtschreiber Martin Kunz, welcher an dieser Sitzung zum ersten Mal anwesend ist. Martin Kunz stellt sich den Gemeinderatsmitgliedern kurz vor. Nach 19 Jahren als Gemeindegemeinschafter in einer kleineren Landgemeinde mache er setzt den Sprung in eine Parlamentsgemeinde. Er freue sich auf die neue Herausforderung und eine gute Zusammenarbeit.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Neue Geschäfte seit 5. Mai 2014

Der Stadtrat hat folgende neue Geschäfte überwiesen:

- Volksinitiative „Alterswohnungen im Zentrum“
- Schulhaus Stägenbuck, Gesamtanierung mit Teilneubau, Planungskreditgenehmigung

Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Ebenfalls eingegangen sind:

- Teilrevision Zonenplan, Casinostrasse/Glattweg
- Privater Gestaltungsplan „Tulpenstrasse“

Diese Geschäfte werden derzeit durch die KRL vorberaten.

Folgende politische Vorstösse bzw. Beantwortungen sind eingegangen:

- Dringliche Interpellation Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne) und 19 Mitunterzeichnende „Postversorgung Dübendorf“ (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Keine.



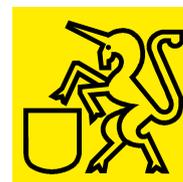
2. Protokollabnahmen

2.1. Protokollgenehmigung der 26. Sitzung vom 7. April 2014

Zum Protokoll der Sitzung vom 7. April 2014 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

2.2. Protokollgenehmigung der 1. Sitzung vom 5. Mai 2014

Zum Protokoll der Sitzung vom 5. Mai 2014 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.



3. Dringliche Interpellation Stefan Kunz (SP/Grüne) und 19 Mitunterzeichnende "Postversorgung Dübendorf" / Begründung GR Geschäft Nr. 1/2014

Stefan Kunz (SP/Grüne) begründet die Interpellation:

„Mit mir zusammen haben 19 Gemeinderatsmitglieder die Dringliche Interpellation unterschrieben und ich glaube, wenn ich es noch breiter gestreut hätte, dann wären es vermutlich fast 40 geworden. Ich glaube, das Anliegen ist klar. Um die Ausgangssituation zu erläutern, habe ich es versucht, mit Punkten (*zeigt einen Plan*) darzustellen.

Heutige Standorte	Wilstrasse Flugfeld
Standorte gemäss Provisorium	Insiderpark Flugfeld, mit zusätzlichem neuem Schalter
Standorte im Endzustand (ab ca. 2017)	Insiderpark Wilstrasse

Ich habe mich gefragt, ob es eine Lösung mit einem Provisorium der Post im ersten Stock des neuen Coop-Provisoriums auf dem Leepünt-Areal. Auch eine Möglichkeit wäre ein Provisorium auf dem Chilbiplatz. Ich bin davon überzeugt, dass es Lösungen gibt. Danach wäre der Insiderpark die zweite Poststelle. Man könnte sich eine Aufhebung der Standorts beim Flugfeld überlegen und dies lieber in ein Provisium beim Coop investieren. Ich kann nachvollziehen, dass es ein relativ grosser Aufwand wäre, drei Stellen zu betreiben und dies wäre aus meiner Sicht eine allfällige Lösung.

Wir sind uns sehr bewusst, dass der Stadtrat nicht einfach so handeln kann, wie er möchte und dementsprechend haben wir auch die Fragen formuliert. Zu drei Fragen möchte ich kurz etwas erläutern:

Frage 2: Welchen Einfluss hat die Stadt Dübendorf auf den Entscheid bezüglich Umbau und allfälligem Provisorium?

Hier interessiert mich sehr, was die Stadt überhaupt für Einflussmöglichkeiten hat. Die Begründung der Post auf unsere Anfrage, wieso ein Provisorium nicht möglich sei, war „aus Kostengründen“. Dies ist nachvollziehbar für uns. Es würde uns aber interessieren, ob es auch noch andere Gründe gibt.

Frage 4: Ist dem Stadtrat bekannt, was die Kosten für ein Provisorium z.B. auf dem Leepünt-Areal oder auf dem Chilbiplatz während der Umbauzeit von rund eineinhalb Jahren wären? Müsste sich die Stadt an Kosten für ein Provisorium beteiligen?

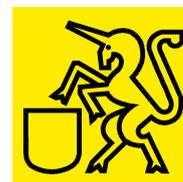
Es interessiert uns, ob es eine Möglichkeit wäre, dass die Stadt einen Teil dieser Kosten übernehmen würde, um eine bessere Versorgung in Dübendorf zu erreichen.

Frage 5: Hat sich der Stadtrat für die Schaffung eines Provisorium in Zentrumsnähe bei der Post stark gemacht? Wenn ja, wie?

Es interessiert uns, wie stark sich der Stadtrat für eine bessere Abdeckung eingesetzt hat. Es ist einerseits für die Privaten keine gute Lösung, aber auch das Gewerbe hat zum Teil bedeutend weitere Wege, weil sich alles auf der Nordseite des Bahnhofs befinden wird.

Die Antwort der Post war wie bereits erwähnt „aus Kostengründen“ und wir hoffen, dass wir noch etwas erfahren werden.“

Die Dringliche Interpellation „Postversorgung Dübendorf“ wurde vom Erstunterzeichnenden begründet. Sie wird durch den Stadtrat gemäss Geschäftsordnung Art. 51, Ziff. 4 innert zwei Monaten beantwortet.



**4. Einzelinitiative Kaspar Wohnlich "Kauf Areal Wasserfurren durch die Stadt Dübendorf zwecks Nutzung für preisgünstige Wohnungen nach dem Kostenmiete-Prinzip" / Überweisung an den Stadtrat nach vorläufiger Unterstützung durch den Gemeinderat
GR Geschäft Nr. 2/2014**

Gemeinderatspräsident Patrick Schnider erläutert das Vorgehen betreffend vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative:

„Die Einzelinitiative wurde beim Ratsbüro eingereicht, welche die Stimmberechtigung des Initianten überprüfen liess. Diese wurde durch das Einwohneramt Dübendorf bestätigt. Wenn die Einzelinitiative von mind. 14 Ratsmitglieder die vorläufige Unterstützung erhält, wird sie an den Stadtrat überwiesen. Wenn die vorläufige Unterstützung nicht erreicht wird, gilt sie als gescheitert und wird als erledigt abgeschlossen.“

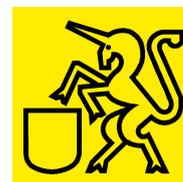
Diskussion

Hans Baumann (SP/Grüne)

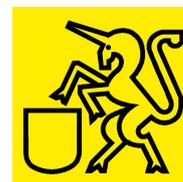
„Im Namen unserer Fraktion möchte ich die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative Wohnlich beantragen und dies wie folgt begründen. Am 9. Februar hatten die StimmbürgerInnen der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach den Verkauf des Areals Wasserfurren an einen privaten Investor abgelehnt. Das gegnerische Komitee hatte sich gegen den Verkauf an den Meistbietenden ausgesprochen und sich als Alternative dafür eingesetzt, dieses Land im Baurecht abzugeben oder zu verkaufen, zum Zwecke des preisgünstigen Wohnungsbaus nach dem Prinzip der Kostenmiete. Für den Kauf des Areals hatten sich u.a. Baugenossenschaften wie auch die Stadt Dübendorf interessiert. Der private Investor hatte aber alle anderen Interessenten überboten und deshalb von der Sekundarschulpflege den Zuschlag erhalten. Inzwischen hat die Sekundarschulpflege noch nicht darüber entschieden, was mit dem Land weiter geschehen soll. Das Geschäft soll von der neu gewählten Behörde behandelt werden. Das geht aus der Antwort hervor, welche die Sekundarschulpflege an der kürzlich stattgefundenen Gemeindeversammlung auf die Anfrage von Flavia Sutter gab. Kaspar Wohnlich möchte mit seiner Initiative erreichen, dass die Stadt nochmals einen Versuch macht, dieses Land zu erwerben und hierfür mit der Sekundarschule Verhandlungen aufnimmt. Zweck des Kaufs durch die Stadt wäre gemäss Initiative die Verwendung des Areals für den preisgünstigen Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete. Damit soll die Stadt einem anderen Auftrag der StimmbürgerInnen vom 9. Februar nachkommen. Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Initiative WOHNEN FÜR ALLE hatte sich die Bevölkerung dafür ausgesprochen, dass die Stadt preisgünstigen Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete fördert. Erweisen sich die Verhandlungen mit der Sekundarschule als erfolgreich, ergäbe sich für die Stadt eine Gelegenheit, diesem Auftrag nachzukommen. Damit es ganz klar ist: Die Einzelinitiative ist eine allgemeine Anregung, Verhandlungen wieder aufzunehmen. Wenn ihr, geschätzte Ratsmitglieder, die Initiative vorläufig unterstützt, muss der Stadtrat einen Antrag machen, ob und wie er die Initiative umsetzen will. Und wenn der Antrag lautet, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, ist offen, wie diese ausgehen. Die Sekundarschule kann auch nicht dazu gezwungen werden, das Land der Stadt zu verkaufen. Eine vorläufige Unterstützung ist also ein Auftrag des Parlaments, die Sache im Sinne der Abstimmungen vom 9. Februar weiterzuverfolgen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. In diesem Sinn bitte ich um Unterstützung der Initiative.“

Orlando Wyss (SVP)

„Mit der vorliegenden Einzelinitiative verlangt der Initiant, dass der Stadtrat Dübendorf Verhandlungen über den Kauf des Areals Wasserfurren aufnehmen soll, zwecks Kaufs der Landparzelle für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Der Initiant setzt sich mit dieser Einzelinitiative kurz nach dem Volksentscheid vom 9. Februar 2014 in krasser Weise über den Willen der Stimmbürger hinweg. Der Souverän hat klar signalisiert, dass das Areal Wasserfurren nicht überbaut werden soll. Denn um nichts anderes ging es bei dieser Abstimmung. Hätten die Stimmbürger von Dübendorf und



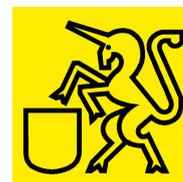
Schwerzenbach Wohnbauten gewünscht, hätten sie dem Verkauf zugestimmt, denn damit wären günstige Wohnbauten auf dem Areal Wasserfurren realisiert worden. In seiner abenteuerlichen Begründung weist er auf eine andere Abstimmung an diesem Abstimmungswochenende hin. Die Volksinitiative linker Kreise, welche unter dem Titel „Wohnen für alle“ zur Abstimmung gelangte, verlangte nach sozialistischer Manier Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete. Diese Initiative wurde aber vom Stimmbürger von Dübendorf klar abgelehnt. Da der Stadtrat und der Gemeinderat von Dübendorf mutlos diesem chancenlosen Unterfangen einen Wischi-Waschi-Gegenvorschlag zur Seite stellten und dieser verwässerte Eintrag in die Gemeindeordnung sogar vom Dübendorfer Stimmbürger angenommen wurde, weil er gut tönt und nichts bewirkt, bringt den Initianten nun auf die Idee, hier einen Zusammenhang zu seiner Einzelinitiative zu konstruieren. Die Gemeinde Schwerzenbach hat sich zur Frage von sozialem Wohnungsbau nicht äussern können. Wenn schon ein Zusammenhang mit einer gleichzeitig am 9. Februar 2014 abgestimmten Vorlage gemacht werden kann, dann mit der eidgenössischen Vorlage über die Masseneinwanderungsinitiative. Hier hat das Dübendorfer Stimmbürger klar signalisiert, dass sie gegen die immer weitergehende Zuwanderung mit der entsprechenden Überbauung von leerstehenden Grundstücken ist, im Wissen, dass schon an anderen Orten von Dübendorf, wie im Gebiet Dübendorf Nord, einige Projekte am Laufen sind. Ich habe mit einigen Leuten gesprochen, welche sich gegen den Landverkauf ausgesprochen haben. Alle haben ins Feld geführt, dass das Areal für die nächste Zeit freigehalten werden soll. Abenteuerlich ist diese Einzelinitiative auch aus dem Grund, dass der Stadtrat verpflichtet werden soll, eine Liegenschaft zu kaufen, welche der Verkäufer im jetzigen Zeitpunkt gar nicht verkaufen will. Denn die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach hat den Volkswillen ernst genommen und hat die Verkaufsabsichten für den Moment sistiert. Und stellen Sie sich einmal vor, der Initiant käme auf die Idee, dass der Stadtrat das Einfamilienhaus von Orlando Wyss kaufen sollte, weil es sich für die Unterbringung von Asylanten sehr gut eignen würde. Aus der Gesinnung des Initianten können Sie ersehen, wohin sozialistische Überzeugungen nicht nur im Wohnungsbau, sondern auch in der Frage des Eigentums führen können. Etwas hat der Initiant offen gelassen. nämlich die Frage des Kaufpreises. Seit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 ist eines klar und auch amtlich beglaubigt. Das Areal Wasserfurren ist 35 Millionen Franken wert und die Sekundarschulpflege Dübendorf-Schwerzenbach darf dieses Landstück nicht unter diesem Preis verkaufen, wenn sie ihre Aufgabe ernst nimmt, als Exekutive die Interessen der Schulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach wahrzunehmen. Ich gehe davon aus, dass der Initiant und die hinter ihm stehenden treibenden Kräfte versuchen wollen, dieses Areal für 20 bis 25 Millionen Franken zu übernehmen. Anders wäre sozialer Wohnungsbau nach sozialistischer Lesart nicht umsetzbar. Dies würde aber nichts anderes bedeuten, als Diebstahl an der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach in Höhe von 10 bis 15 Millionen Franken. Vor allem die Gemeinde Schwerzenbach, welche von Wohnungen nicht profitieren könnte, aber bei dem in nächster Zeit anfallenden Umbau des Schulhauses Stägenbuck eine Steuererhöhung in Kauf nehmen müsste, würde mit so einem Deal über den Tisch gezogen. An dieser Stelle müssen wir noch einmal auf die Argumente der Gegner des Landverkaufs vor dem 9. Februar zu sprechen kommen. Es wurde ins Feld geführt, dass man das Tafelsilber nicht verscherbeln sollte. Auf dieses Argument sind einige Stimmbürger hereingefallen. Doch jetzt sieht man, dass das Tafelsilber sogar in der Höhe von 10 bis 15 Millionen Franken zum Nachteil der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach verscherbelt werden soll. Auch haben die Landverkaufsgegner behauptet, dass für den Umbau des Schulhauses Stägenbuck keine Steuererhöhung nötig wäre. Auch das war eine krasse Lüge, denn ein 30 Millionen-Projekt wird nicht ohne Steuererhöhung realisierbar sein. Und hier muss man die zwielichtige Rolle der RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach ansprechen. In einer eigenartigen Abstimmung kam die Ablehnung des Geschäftes Verkauf Areal Wasserfurren in der RPK zustande. Die RPK, welche aus der GRPK Dübendorf bestanden hat, machte in der Mehrheit als GRPK Dübendorf Sozialpolitik für Dübendorf gemacht, anstatt dass sie als RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach Schulpolitik für die Gemeinden Dübendorf und Schwerzenbach machte. Sie machte auch keine Finanzpolitik, und wenn schon, dann eine sehr



schlechte und für die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach katastrophale. Vor der Abstimmung gab es vier Szenarien. Die Beste mit dem Verkauf des Areals zum abgemachten Verkaufspreis von 35 Millionen Franken. Nach dem ablehnenden Volksentscheid bleiben noch drei Szenarien übrig. Alle sind zum Nachteil der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach. Die Erste und Wahrscheinlichste ist die Weiterverpachtung des Areals über zehn Jahre zum Preis von 1'200 Franken im Jahr und einer resultierenden Steuererhöhung von ca. 5% für die Gemeinden Dübendorf und Schwerzenbach beim Umbau des Schulhauses Stägenbuck. Die Zweite wäre die Vergabe des Areals im Baurecht durch die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach selber, was diese aber ablehnt, weil Wohnbaupolitik nicht zu ihrem Auftrag gehört, wobei in diesem Fall Baurechtszinsen von ca. 700'000 Franken zu erzielen wären. Dies würde für den Schulhausumbau immer noch Steuererhöhungen von 4% nach sich ziehen. Und die Dritte, welche der von linken Kreisen vorgeschobene Initiant heute eingebracht hat, der Verkauf an die Stadt Dübendorf oder direkt an eine Wohnbaugenossenschaft zum Preis von 20 bis 25 Millionen, was zwar die Steuererhöhung auf etwa ein bis zwei Prozent reduzieren würde, aber die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach um 10 bis 15 Millionen Franken schädigen würde. Alle diese Szenarien sind zum Nachteil der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach. Ein anderes Szenario gibt es nicht und ist nicht möglich. Die RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach wusste dies und hat mit ihrem Entscheid grobfahrlässig gegen ihre Aufgabe verstossen, welche gewesen wäre, die Interessen der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach wahrzunehmen. Aus diesem Grund verstehe ich nicht, wieso die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach keine Aufsichtsbeschwerde beim Bezirksrat gegen die RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach eingereicht hat. Wie Sie aus meinen Ausführungen entnehmen können, ist diese Einzelinitiative ein weiterer Puzzlestein im Versuch der verantwortungslosen Mehrheit der damaligen RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach, ihre sozialistisch gefärbte Wohnbaupolitik zugunsten der Stadt Dübendorf zum Durchbruch zu verhelfen. Dass diese Kreise nicht selber diesen Antrag gestellt haben, sondern den Initianten für ihr Vorhaben vorgeschoben haben, macht das Ganze nicht sympathischer. Vor allem die Gemeinde Schwerzenbach würde mit der Überweisung dieser Einzelinitiative regelrecht „beschissen“. Die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach muss Bildungspolitik betreiben und die Interessen der Schulgemeinde wahrnehmen. Aus diesem Grund ist diese Einzelinitiative nicht im Interesse der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach. Mit einer Überweisung dieser Einzelinitiative würde der Gemeinderat Dübendorf die Nachbargemeinde Schwerzenbach über den Tisch ziehen und ich kann mir nicht vorstellen, dass dies im Interesse von verantwortungsvollen Politikern von Dübendorf sein kann. Aus diesem Grund lege ich Ihnen ans Herz, diese Einzelinitiative nicht vorläufig zu unterstützen.“

Patrick Schärli (CVP)

„Die CVP Fraktion ist nach intensiven Diskussionen zu der Meinung gekommen, dass die Initiative nicht nur nicht notwendig, sondern eher kontraproduktiv ist, da eine Verhandlung unter öffentlichem Druck und im allgemeinen Scheinwerferlicht für den Stadtrat eine nachteilige Ausgangslage ergibt und den Verhandlungsspielraum reduziert. Der Stadtrat hatte bereits in der ersten Runde bis zu einem Preis mitgeboten, der für eine Nutzung zu einer vernünftigen Kostenmiete Sinn macht. Die Sekundarschule ist nicht darauf eingegangen da sie an den Höchstbietenden verkaufen wollte. Dafür haben wir zum einen im Hinblick auf Schwerzenbach Verständnis. Zum anderen wird das Geld für die Sanierung Stägenbuck benötigt. Ein hoher Verkaufserlös würde den Druck auf die Steuereffizienzentwicklung reduzieren. In der Presse hat die Oberstufenschule erneut klar signalisiert, dass kein Spielraum nach unten besteht, was den Preis angeht. Verhandlungen kann es jedoch nur geben, wenn es eine Bereitschaft auf der Gegenseite gibt. Wenn das Areal zu einem Spitzenpreis gekauft werden muss, geht die öffentliche Hand spekulative Risiken ein, die ihr nicht zustehen. Im Übrigen steht ein Kauf zu Spitzenpreisen zusätzlich im Konflikt mit der geforderten Gemeinnützigkeit, da der spekulative Teil des Preises auch auf Wohnungen abzuwälzen wären, womit mit hoher



Wahrscheinlichkeit die Preise nach Kostenmietprinzip entsprechend hoch ausfallen werden. Aus diesen Gründen kann die CVP Fraktion die Initiative nicht unterstützen.“

Daniel Brühwiler (glp/GEU)

„Dieses Geschäft hat in unserer Fraktion eine ziemlich lange und kontroverse Diskussion ausgelöst mit dem Ergebnis, diese Einzelinitiative nicht vorläufig zu unterstützen. Inhaltlich hätten wir nichts dagegen, wenn die Forderung der Initiative erfüllt würde. Im Kontext der jüngeren Geschichte des Areals Wassemmen halten wir die Einzelinitiative jedoch nicht für zielführend. Zuerst ist das gewählte Instrument der Einzelinitiative zu kompliziert, um den Stadtrat dazu zu bringen, Kaufverhandlungen aufzunehmen. Das Vorgehen mit vorläufiger Unterstützung, vielleicht definitiver Unterstützung und vielleicht Volksabstimmung ist aufwändig und dauert zu lange. Im Weiteren ist auch folgendes zu beachten: Wie man im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Verkauf des Areals Wasserfurren der Presse entnehmen konnte, haben die von der Einzelinitiative verlangten Verhandlungen bereits stattgefunden mit dem Ergebnis, dass die Stadt Dübendorf zu wenig geboten hat und das Land nicht erwerben konnte. An dieser Konstellation hat sich grundsätzlich nichts geändert. Wenn mit der Einzelinitiative erreicht werden soll, dass die Stadt Dübendorf ein höheres Angebot für das Land macht als in der seinerzeitigen Verhandlung, dann sind wir dagegen. Wir haben immer klar gesagt, dass die Stadt Dübendorf nicht teures Land aufkaufen soll um es nachher quasi vergünstigt an einen gemeinnützigen Wohnbauträger abzugeben. Will die Einzelinitiative aber erreichen, dass die Sekundarschulgemeinde das Land zu den von der Stadt gebotenen Bedingungen abgibt, muss sie in der Sekundarschulgemeinde und nicht bei der Stadt Dübendorf eingereicht werden. Deshalb wird unsere Fraktion die Einzelinitiative nicht vorläufig unterstützen.“

Bruno Fenner (BDP)

„Nachdem die Initiative Wasserfurren sinnvoll nutzen von der Sekundarschulpflege Dübendorf-Schwerzenbach für ungültig erklärt wurde, mache ich mir keine all zu grossen Illusionen, ob wir mit der sympathischen Einzelinitiative von Herrn Wohnlich ans Ziel kommen werden. Wie sie alle wissen, machte der Stadtrat bereits im Vorfeld der Schulgemeinde ein gutes Angebot zu diesem Grundstück und andererseits wird die Schulpflege vermutlich nicht von ihren hohen Forderungen abweichen. Aber etwas Entscheidendes ist an der Abstimmung vom 9. Februar passiert (und das darf die Schulgemeinde nicht ausblenden). Die Mehrheit wollte das Land auch zu einem stolzen Preis (schlicht und weg) einfach nicht verkaufen. Die Dübendorfer wollen mitgestalten und mitbestimmen können was auf gemeindeeigenem Land gebaut wird oder eben auch nicht. Genau so wie bei der Abstimmung beim Hechtparkplatz. Ich hoffe, dass es jetzt auch der letzte in diesem Saal gemerkt hat, dass ein Landverkauf kurzfristig vielleicht interessant sein kann, aber überhaupt nicht nachhaltig ist. Viele Politiker denken nur an den schnellen Gewinn und an die nächsten Wahlen. Gefreut hat mich, dass auch der Stadtrat auf diese Linie eingeschwenkt ist und sich gegen Landverkäufe ausgesprochen hat. An einem Podium in der oberen Mühle vom letzten Sommer erläuterte Herr Bäumle die Strategie des Stadtrates und äusserte sich folgendermassen: "Die Stadt möchte wenn immer möglich das Land nur noch im Baurecht abgeben. Dies bringe der Stadt zwar keinen bedeutenden einmaligen Gewinn, wohl aber einen langfristigen Ertrag. Die Stadt versuche immer wieder, Land zu erwerben, ist aber nicht bereit, Maximalpreise zu bezahlen, sonst wirke die Stadt ebenfalls preistreibend". Ja, wo er recht hat er recht. Vernünftig wäre es, wenn beide Parteien sich in etwa in der Mitte ihrer letzten Angebote treffen würden. Weil die Hoffnung ja bekanntlich zuletzt stirbt werde ich die Einzelinitiative vorläufig unterstützen. Wenn die Sekundarschulgemeinde Dübendorf aufstur macht, müssen wir das Powerplay intensivieren und die Schulgemeinde endlich eingemeinden. In den letzten Jahren ist ein deutlicher Trend zur Bildung von Einheitsgemeinden festzustellen. Allein in den letzten zehn Jahren haben sich im Kanton Zürich über 40 Gemeinden zur Einheitsgemeinde zusammengeschlossen. Diesen Schritt hat die Primarschulpflege bereits hinter sich. Auch die Primarschule war im Besitz diverser Baulandparzellen. Die letzte habe ich noch als Schulpräsident im Wil für eine zukünftige Turnhalle gekauft. Alle diese Parzellen gehören heute der Stadt Dübendorf und das ist gut so. Momentan wird im Kantonsrat das neue Gemeindegesetz intensiv beraten. Die



Diskussionen um die Schulgemeinden sind noch nicht abgeschlossen. Für mich sind Schulgemeinden ein Auslaufmodell ohne Zukunft. In der Einheitsgemeinde soll die Souveränität der Schule unter anderem dadurch gewahrt werden, indem die Oberstufenschulpflege eine selbständige Verwaltungsbefugnis erhält und sich wirklich um Ihr Kerngeschäft Schule kümmern kann. Wie sagte doch Andreas Sturzenegger an der Schulgemeindeversammlung, das Erstellen und Verwalten von Wohnungen, Liegenschaftenbewirtschaftung, gemeinnützigem Wohnungsbau etc. gehöre nicht zum Kerngeschäft der Schule. Dem stimme ich absolut zu. Eine gewisse Überforderung bei diesem Geschäft ist offensichtlich nicht abzustreiten.

Also volle Konzentration auf die Schule. Ein Ja zur Einheitsgemeinde und fast alle Probleme wären gelöst. Aber versuchen wir es zuerst einmal mit der Einzelinitiative von Herrn Wohnlich. Aber eines ist sicher es werden weiten Schritte folgen. Ein Teil der BDP/EVP-Fraktion wird die Einzelinitiative unterstützen!“

Andrea Kennel (SP/Grüne)

„Orlando Wyss hat die GRPK angegriffen, weshalb ich jetzt nicht als Gemeinderatsmitglied sondern als GRPK-Präsidentin sprechen werde. Eine „eigenartige Abstimmung in der GRPK“ hat es Orlando Wyss genannt. Dass was die GRPK gemacht habe, sei unter dem Strich nicht rechtens – ansonsten wäre Orlando Wyss nicht auf die Idee gekommen, dass man die GRPK entsprechend beim Bezirksrat einklagen sollte. Ich habe bereits ein paar Mal versucht, Orlando Wyss zu erklären, finanztechnischen was die Beweggründe waren. Wie heute bemerkt, hat er diese bisher nicht verstanden. Mir ist es aber ein Anliegen, dass die anderen Anwesenden verstehen, wie und warum die GRPK gehandelt hat und dass die GRPK als RPK korrekt gehandelt hat. Es ging uns um die finanztechnische Frage. Und zwar gab es einerseits die Variante, ein Land zu verkaufen und andererseits die Variante, ein Land im Baurecht abzugeben.“

Andreas Sturzenegger (FDP)

„Ich stelle den Ordnungsantrag auf Unterbrechung des Votums von Andrea Kennel, da sie nicht zur Sache spricht.“

Daniel Brühwiler (glp/GEU)

„Es wäre schön, wenn dieser Ordnungsantrag bereits zum Votum von Orlando Wyss gekommen wäre.“

Abstimmung Ordnungsantrag Andreas Sturzenegger

Der Ordnungsantrag wird mit 25 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Andrea Kennel (SP/Grüne)

„Herzlichen Dank dem Parlament, dass sich die GRPK verteidigen darf. Die GRPK hat die vorhin erwähnten Varianten angeschaut. Bruno Fenner hat vorher die Unterschiede auch nochmals versucht zu erklären. Verkauf bedeutet ein kurzfristiger Gewinn – im Baurecht abgeben bedeutet langfristige regelmässige Einnahmen, ohne dass das Land am Schluss weg ist. Diese Überlegungen und der Unterschied zwischen dem kurzfristigem Gewinn für eine Generation und der langfristigen Rendite hat die GRPK bewogen, so zu entscheiden. Das waren die Argumente und diese haben nichts mit „G“ zu tun, sondern mit „R“. Und die Aufgabe einer RPK ist nun mal die finanztechnische Prüfung und nicht einfach ein Abnicken beim Finanzvorstand resp. Präsident in Personalunion.“



Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative stimmen 8 Ratsmitglieder

Beschluss

1. Die Einzelinitiative Kaspar Wohnlich „Kauf Areal Wasserfurren durch die Stadt Dübendorf zwecks Nutzung für preisgünstige Wohnungen nach dem Kostenmiete-Prinzip“ wird nicht vorläufig unterstützt und somit sofort abgeschrieben.

Der Einzelinitiant, Kaspar Wohnlich, meldet sich aus dem Publikum und will zu seiner Einzelinitiative Stellung nehmen. Der GR-Präsident weist ihn darauf hin, dass Voten aus dem Publikum nicht zugelassen sind und entzieht ihm das Wort.



5. Jahresrechnung 2013 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 240/2014

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsidentin Andrea Kennel (SP/Grüne):

„Eintretensdebatte

Als erstes möchte ich mich bei der GRPK und vor allem bei den neuen GRPK Mitgliedern für ihren Einsatz danken. Die erste Rechnung einer Legislatur ist immer eine grössere Herausforderung. Für neue GRPK Mitglieder ist das ein Sprung in's kalte Wasser. Der Grund ist der sehr enge Zeitplan. Quasi zeitgleich mit den Gemeinderatswahlen wurde die Rechnung zuhanden der GRPK verabschiedet. Dann ging es darum, Fragen zur Rechnung zusammen zu stellen. Dazu hat die GRPK 1 Monat Zeit, was absolut vernünftig klingt. Nun kommt das Aber. Die GRPK wird in der ersten Gemeinderatsitzung nach den Wahlen gewählt. Das bedeutet, dass die GRPK bereits vor ihrer Wahl die Arbeit aufnehmen musste und sich auch bereits zu einer konsultativen Sitzung treffen musste. Es freut mich, dass trotz des engen Zeitplans alle GRPK Mitglieder die Aufgabe der Rechnungsprüfung engagiert angepackt haben. Wenn ich schon mit dem Dank beginne, so möchte ich mich auch beim Stadtrat und bei der Verwaltung für die termingerechte und fundierte Beantwortung der Fragen bedanken. Die schriftliche und mündliche Beantwortung der diversen Fragen gibt der GRPK jeweils einen vertieften Einblick in die Aufgaben der Stadt und deren finanzielle Auswirkung. Die Fragen und deren Beantwortung ermöglicht damit eine inhaltliche Prüfung der Rechnung. Ein Extra Dank gebührt auch David Amman, unserem unterdessen ehemaligen Stadtschreiber, der bei der Beantwortung der Fragen aktiv dabei war und so sein letztes Amtsjahr in Dübendorf abgeschlossen hat. Die Zusammenarbeit mit David Ammann war immer sehr freundlich, sachlich und korrekt. Wir wünschen David Amman auf seinem weiteren beruflichen Weg alles Gute und auch weiterhin viel Freude bei seinem Hobby Velofahren.

Ein paar Details

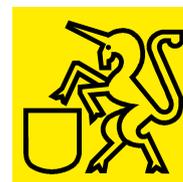
Es ist nicht möglich und auch nicht sinnvoll hier im Gemeinderat alle Fragen der GRPK zu erörtern. Trotzdem möchte ich aber ein paar wenige Details als Beispiel aufzeigen.

Unter Konto 1408 Feuerwehr: 3012 Sold und 4361 Rückerstattungen Dritter. Hier ist die Besoldung höher als budgetiert und die Rückerstattung kleiner. Studiert man den Differenzenkommentar, so liest man, dass die Einsätze länger waren und es aber weniger verrechenbare Einsätze gab. Diese Begründung war für die GRPK widersprüchlich. Die Antwort auf unsere Frage hat dann den vermeintlichen Widerspruch geklärt. Ein Fehlalarm verursacht durch einen Brandmelder ist ein verrechenbarer Einsatz. Die Brandmelder werden permanent verbessert und erneuert, so dass es zu weniger Fehlalarmen und damit zu weniger solcher Einsätze kommt. So hat die Feuerwehr mehr Einsätze im Bereich Elementarereignisse (Unwetter, Sturm, Überschwemmungen). Diese können gemäss den geltenden gesetzlichen Vorgaben nicht verrechnet werden. Dies bedeutet u. a., dass die meist langen und teuren Einsätze von der Stadt getragen werden müssen. Wie jedes Jahr gibt es auch grössere Budgetabweichungen, weil nicht alle Ausgaben gleich gut planbar sind. Dazu gehört die Lehrerbesoldung. Auf dem Konto 1902.3510

Gemeindeanteil an Lehrerbesoldungen haben wir eine Überschreitung von fast einer Million respektive von 11%. Auf die Frage, wie es zu dieser Überschreitung kommt erhielten wir folgende Antwort:

Verschiedene Faktoren und Auswirkungen waren zur Zeit der Budgetierung noch nicht bekannt: Lohnerhöhungen, Stufenanstiege, Teuerung, Ausserordentliche Lohnmassnahmen, Einmalzahlungen, Vikariate, Anzahl IF und ISR Lektionen.

Da die Schule jeweils im Herbst das Budget für das Folgejahr und damit auch bereits für das übernächste Schuljahr erstellt werden muss, müssen wir wohl hier auch in Zukunft eine gewisse Unschärfe in Kauf nehmen. Zu hoffen ist nur, dass diese in Zukunft weniger als 11% betragen wird. Auch im Sozialbereich gibt es ab und zu grössere Abweichungen, die schwierig zu budgetieren sind.



Ein Beispiel ist Konto 1650 Betreuung von Kleinkindern: 3660 Betragszahlungen. Hier geht es um das KKBG resp. Kleinkinderbetreuungsgesetz. Hier hat der Regierungsrat auf den 1.1.13 eine Gesetzesänderung vorgenommen, die grössere finanzielle Auswirkungen hat, als erwartet. Das Problem für die Gemeinde: diverse Kosten, die eine Gemeinde zu tragen hat, sind vorgeschrieben und die konkreten Auswirkungen von Gesetzesanpassungen sind nicht immer rechtzeitig bekannt. Beim Gespräch mit dem Stadtrat wurde auch Konto 1550 Abfall und Recycling 318084 Papiersammlung Vereine angesprochen. Vor einem Jahr wurde festgestellt, dass die heutige Praxis, dass Vereine auch direkt in der Altstoffsammelstelle mithelfen, rechtlich nicht abgestützt ist. Der Stadtrat versprach bei der Rechnung 2012 sowie beim Budget 2014 Klärung. Auf unser erneutes Nachfragen wurde auf Sommer 2014 ein entsprechender Antrag versprochen. Die GRPK hat diesen Punkt auf die Pendenzenliste genommen und wird dies prüfen. Anhand dieser Beispiele habe ich versucht zu zeigen, wie die GRPK die Rechnung inhaltlich geprüft hat.

Prüfung durch Gemeindeamt

Eine finanztechnische Prüfung ist beim Umfang der Rechnung der Stadt Dübendorf durch ein Milizparlament nicht denkbar. Daher stützen wir uns hier auf die Prüfung durch das Gemeindeamt. Am 25. April durfte ich an der Schlussbesprechung der Prüfung mit dem Gemeindeamt dabei sein. Das Gemeindeamt empfiehlt die Rechnung mit 5 Hinweisen, aber ohne Einschränkung zur Abnahme. Das bedeutet, wie auch schon die letzten Jahre, dass die Rechnung Dübendorf qualitativ hochstehend ist und bis auf Details sehr sauber geführt wird.

Einer der Hinweise stuft die GRPK aber als wichtig ein. Das ist der Bestandesnachweis des Durchgangskonto Tutoris. Tutoris ist eine Standardsoftware für soziale Institutionen. In Dübendorf wird diese Applikation für den Buchungsverkehr der gesetzlich wirtschaftlichen Hilfe eingesetzt. Dieses Durchlaufkonto ist ein Ausgleichkonto, das in der Finanzbuchhaltung gebraucht wird, um täglich die Soll- oder Habenüberschüsse aus den Tutorisverbuchungen auszugleichen. Ein Bestandesnachweis bedeutet nun, dass der Betrag, der Ende Jahr auf diesem Durchlaufkonto steht, mit den Tutorisbuchungen abgeglichen werden muss. Wird dies nicht gemacht, besteht theoretisch die Gefahr, dass hier Gelder abfliessen könnten. Da der Saldo Ende Jahr immerhin im 6-stelligen Bereich lag, erwartet die GRPK, dass dieser Punkt nächste Jahr zu keinem Hinweis des Gemeindeamtes mehr führt. Gemäss Verwaltung und Stadtrat wird dies auch angestrebt.

Gesamtergebnis

Nach diesen Ausführungen kann man sich fragen, ob wir denn vor lauter Bäumen den Wald noch sehen. Schlussendlich geht es ja nicht nur um die Details, sondern um die Gesamtsicht auf das Rechnungsjahr 2013.

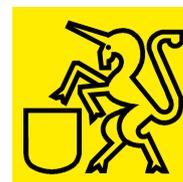
Das Gesamtergebnis weicht vom Budget um ca 1.4 Mio. ab. Bei einem Budget von etwa 150 Millionen ist das mit weniger als 1% eine vertretbare Abweichung. Vor allem wenn wir vorher bei den Details gesehen haben, dass es einzelne Konten gibt, die schon um fast eine Million neben dem Budget liegen. Erfreulich ist dass der Steuerertrag sehr nahe beim Budget liegt. Wenn wir bedenken, wie schwierig die Budgetierung der Steuern ist, wird es wohl schwierig sein, diese Genauigkeit beizubehalten.

Investitionsrechnung

Die Investitionen sind zwar tiefer als budgetiert, führten aber zu keinen nennenswerten Fragen.

Pensionskasse

Der Revisionsbericht der BDO AG liegt vor und enthält wiederum keine Einschränkungen oder Vorbehalte. Die GRPK nahm den Revisionsbericht der BDO zur Kenntnis. Hier ist sicher der Deckungsgrad ein wichtiger Punkt. Dieser hat sich gegenüber dem Vorjahr ein wenig verbessert. Wir sind gespannt, wie sich dieser im 2014 entwickelt. Denn auf Seite 180 der Rechnung ist zu



entnehmen, dass die Pensionskassenkommission für das Jahr 2014 eine neuen Anlagestrategie beschlossen hat, die Ende Februar 2014 auch umgesetzt wurde.

Schlussbemerkungen

Wie bereits erwähnt hat die GRPK weitere Punkte geprüft und hinterfragt. Die Antworten auf unsere Fragen waren in der Regel aussagekräftig und verständlich. Das Gespräch mit der Delegation des Stadtrates war offen und informativ, so dass sich die GRPK ein gutes Bild über diverse wichtige Details verschaffen konnte.

Die GRPK Stellt fest, dass die Rechnung 2013 der Stadt Dübendorf gut geführt worden ist. Der gute Bericht der technischen Prüfung des Gemeindeamtes rundet das Bild ab. Wie auch schon letztes Jahr können wir feststellen, dass die Mittel der Steuerzahler sorgfältig und zielgerichtet eingesetzt worden sind.

Antrag

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig

1. Die Jahresrechnung 2013
 - a) des Politischen Gutes
 - b) der Pensionskassezu genehmigen.
2. Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 2 256 798.70 CHF wird gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 - dem Eigenkapital belastet.

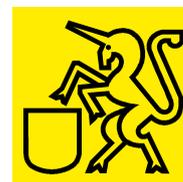
Ich bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.“

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der GRPK für die Prüfung der Rechnung. Wie bereits von Andrea Kennel angetönt war es dieses Jahr mit dem Wahlwechsel nicht ganz einfach. Trotzdem konnten die Sitzungen durchgeführt und die Fragen rechtzeitig gestellt werden. Es wurden ein paar Pendenzen bzw. Hinweise erwähnt. Es ist selbstverständlich, dass wir versuchen bezüglich Budget und Rechnung jedes Mal etwas genauer zu werden. Es gibt aber ein paar Punkte, die nicht so einfach sind. Bezüglich Löhnen der Primarschulen haben wir versucht gut zu schätzen, was besser ist, als schlecht rechnen zu versuche. Es ist wirklich relativ schwierig zum jeweiligen Zeitpunkt und eine gute Schätzung trifft es somit möglicherweise genauer. Wir werden es dann im Rechnungsjahr 2014 sehen, ob dies funktioniert hat. Der Stadtrat hat die Erledigung noch der Pendezen „Papiersammlung Vereine“ noch in diesem Sommer in Aussicht gestellt und ich denke, man kann davon ausgehen, dass dies geschehen wird. Zum Saldonachweis beim Durchgangskonto „Tutoris“ möchte ich festhalten, dass zwar ein Abgleich gemacht, jedoch kein Saldonachweis erstellt wurde. Es war das erste Mal, dass dieses Thema zur Sprache kam und selbstverständlich werden wir für das nächste Jahr den Saldonachweis so erstellen, wie es die Revisionsstelle wünscht. Mit diesen Bemerkungen beantragt ihnen der Stadtrat die Genehmigung der Rechnung des Politischen Gutes.

Pensionskasse

So wie es aussieht wird es dieses Jahr die letzte Pensionskassenrechnung sein, die der Gemeinderat formell genehmigen muss. Ich gehe aber davon aus, dass man den Gemeinderat auch in Zukunft über den Zustand der Pensionskasse informieren wird. Bezüglich Deckungsgrad von Pensionskassen muss man vorsichtig sein, da diese immer auf bestimmten technischen Annahmen beruhen. Je nach dem ist eine solche Zahl „104“ so viel wert oder auch nicht. Es gibt ganz verschiedene auch vergleichbare andere Zahlen. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, es ist aber so, dass unsere Pensionskasse nicht schlecht steht. Jedoch steht sie auch nicht üppig da. Angesichts der sogenannten Anlagerisiken, welche die Pensionskasse für die Erfüllung ihrer Leistungen erbringen



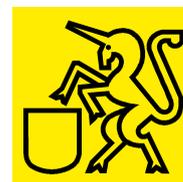
muss, müsste sie eigentlich auch eine Schwankungsreserve ausweisen. Dies würde einem Deckungsgrad von 117 bis 120 % entsprechen. Somit sieht man, dass unsere eigentliche Deckung eben doch nicht vollständig gegeben ist. Wir werden nicht mehrere Jahre Börsentiefs verantworten können. Die Pensionskasse wurde aber gut geführt und in diesem Sinne bitte ich sie aber auch diese Rechnung entsprechend zu genehmigen.“

Diskussion

Patrick Walder (SVP)

„Die Jahresrechnung 2013 schliesst mit einem Verlust von CHF 2.257 Millionen. Eigentlich kein Grund zur Freude. Betrachtet man allerdings die Abweichungen zum Budget der letzten Jahre, darf man mit einer Abweichung von rund CHF 1.4 Millionen, oder ca. 2 Steuerprozenten, doch recht zufrieden sein. Bei den Steuereinnahmen können wir sogar von einer Punktlandung sprechen. Diese Punktlandung macht auch unsere Fraktion ein wenig stolz. Die SVP hat immer wieder darauf hingewiesen, dass sie bei den Steuern genauere Prognosen erwartet. Dieser wiederholende Hinweis führte sogar zu einem Postulat, in welchem die SVP zusammen mit der SP Massnahmen verlangte. Diese Massnahmen wurden nun offensichtlich umgesetzt. Als Fazit zum Thema fassen wir zusammen: Wenn der Wille und auch der Druck da sind, ist eine genauere Budgetierung offensichtlich möglich, wie wir auch immer behauptet haben. An dieser Stelle ein Kompliment an den Gesamtstadtrat, welcher ja gemeinsam, wie uns jedes Jahr mit Nachdruck eingetrichtert wurde, für das Budget und damit auch für die Budgetpositionen bei den Steuern, verantwortlich ist. Neben den Steuereinnahmen, beschäftigen die SVP Fraktion in diesem Jahr 3 Sachverhalte im Besonderen:

1. Die Revisionsstelle weist darauf hin, dass bei einem Durchlaufkonto, welches einen Saldo von CHF 288'837.02 ausweist, kein Saldonachweis besteht. In der Privatwirtschaft wäre dies mit Sicherheit ein Beanstandungsgrund im Revisionsbericht, denn genau solche Transferkonten sind gefährlich. Dort, wo es zu Veruntreuungen kommt, sind oft solche intransparenten Transfer-/Durchlaufkonten "involviert". Ich weise aber explizit darauf hin, dass die SVP Fraktion keine ungetreue Geschäftsbesorgung in den Raum stellt, sondern lediglich auf die Gefahr hinweist. Wir erwarten aber entschieden, dass dieser Missstand in der nächsten Jahresrechnung behoben ist.
2. Auch in dieser Rechnung mussten wir wieder vermehrt feststellen, der Kanton befiehlt und die Gemeinden zahlen. Zum Beispiel bei den Lehrerlöhnen: Der Kanton bestimmt wie viel Lohn diese Angestellten haben, wie viel Lohnerhöhung sie erhalten und welche Nebenleistungen die Gemeinde noch zu finanzieren hat, wie zum Beispiel die Zahlungen in die BVK. Auch wenn Dübendorf dazu nichts zu sagen hat, müssen wir 80% der Kosten tragen. Ein weiteres Beispiel ist die Pflege- und Spitalfinanzierung: Der Kanton vertrat die Ansicht, dass die Umstellung für alle Beteiligten kostenneutral sein werde. Dies ist bei weitem nicht der Fall. Für Dübendorf führte diese Umstellung zu einem starken Anstieg der Kosten im Bereich Soziales. Bei den Änderungen des Kleinkinderbetreuungsgesetzes hat sich der Kanton mal eben so um rund CHF 55 Millionen verschätzt, was für Dübendorf rund CHF 500'000.00 Mehrkosten als budgetiert auslöste, oder anders gesagt rund 1 Steuerprozent. Ein Sachverhalt, welcher per 01.01.2014 wieder korrigiert wurde. Für 2013 ist das Geld aber weg. Ich fordere die anwesenden Kantonsräte auf, vermehrt darauf zu achten, dass der Kanton nicht weiter die Autonomie der Gemeinden einschränkt und im Gegenzug die Kosten der eigenen Beschlüsse den Gemeinden aufhalsst. Den Stadtrat fordere ich auf, sich hier noch mehr für die Gemeinden einzusetzen.
3. Die Primarschulkosten steigen, steigen und steigen. Und dies hauptsächlich, weil die Primarschule zu viel Geld ausgibt. Auch in der Primarschule ist nicht alles Gottgegeben oder gesetzlich verordnet, wie es uns gegenüber zum Teil begründet wird. Nehmen wir das Beispiel Tagesbetreuung. Die städtische Krippe erhält von der Stadt einen Kostenzuschuss von CHF 287'825.00; 5 private Krippen erhalten zusammen lediglich CHF 32'478.00. Ein klares Zeichen, dass das Ziel der Durchmischung versagt. Aus Sicht der SVP muss die städtische Krippe baldmöglichst geschlossen werden. Die Primarschule muss und kann Wege finden, die Kosten generell und nachhaltig zu senken. Beim nächsten Budget wird die SVP die Primarschule dabei



tatkräftig unterstützen. Wir hoffen auch auf die Unterstützung anderer Parteien, denn so kann es schlicht und einfach nicht weitergehen.

Mit der Bitte an den Stadtrat und an alle weiteren Behörden mit Finanzkompetenz, sorgsam mit dem Steuerfranken umzugehen, empfehlen wir Eintreten zu diesem Geschäft.“

Da keine weiteren Wortmeldungen zum Eintreten gemeldet werden, erklärt Gemeinderatspräsident Patrick Schnider das Eintreten als beschlossen.

Detailberatung:

Keine

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 34 zu 0 Stimmen zu.

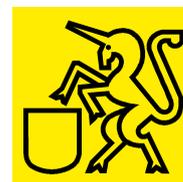
Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2013
 - des Politischen Gutes
 - der Pensionskasse der Stadt Dübendorfwird genehmigt.
2. Der Aufwandsüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 2'256'798.70 wird gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 - dem Eigenkapital belastet.

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Es gibt einen Punkt, den ich hier zur Ehrrettung der Primarschule korrigieren will. Die Entschädigungen, welche von der Sozialabteilung an die Schule fliessen, werden gleich berechnet wie für Dritte. Das heisst, es wird nicht mehr bezahlt pro Kind, sondern es ist abhängig vom entsprechenden Einkommen. Somit ist die Einnahmenseite vergleichbar. Wenn sie die Rechnung 2013 auf der entsprechenden Seite anschauen, war das Defizit in diesem Bereich im Rechnungsjahr 2013 praktisch bei null. Jetzt kann man sagen, dass keine vollständige Kostenrechnung gemacht wurde. Wir haben intern auch diskutiert, dass möglicherweise mit einer Overhead-Kostenberechnung immer noch ein Defizit entstehe. Es ist jedoch nicht so, dass mehrere Fr. 100'000 im Rechnungsjahr 2013 angefallen sind. Denn dies bezieht sich auf das Rechnungsjahr 2012, welches ein Defizit von Fr. 300'000 hatte. Hier ist somit ein Schritt passiert, wenn selbstverständlich hier noch eine Optimierung in Form einer Kostendeckung vom 100 %, basierend auf einer vollständigen Kostenrechnung, gemacht werden kann. Dies ist jedoch nicht ganz einfach.

Es ist also nicht ganz so schlimm, wie es Patrick Walder dargestellt hat. Die Schule hat hier doch das eint oder andere erreicht und vor allem erhält sie nicht mehr von der Sozialabteilung, wie dass sie an Private auszahlt.“



6. Geschäftsbericht 2013 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 241/2014

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsidentin Andrea Kennel (SP/Grüne):

„Die GRPK stuft auch dieses Jahr den Geschäftsbericht als sehr informativ ein. Die GRPK studierte den Geschäftsbericht fundiert und stellte einen Fragekatalog mit unterschiedlichen Fragen zusammen. Diese Fragen wurden schriftlich beantwortet und eine Anschlussfrage in der Sitzung mit der Delegation Stadtrat mündlich erläutert. So konnten alle Fragen zur Zufriedenheit der GRPK beantwortet werden. Auch hier ein paar Beispiele von Fragen, die uns interessiert haben:

Bei der Einwohnerstatistik wird zwischen zivilrechtlichem und wirtschaftlichem Wohnsitz unterschieden. Uns war nicht bekannt, wie sich diese Wohnsitze unterscheiden. Beim wirtschaftlichen Wohnsitz werden auch die sogenannten Wochenaufenthalter dazu gezählt. Daher ist diese Zahl leicht höher als der Einwohnerbestand mit zivilrechtlichem Wohnsitz. Unter Tiefbau finden wir den Titel: Eine Brück unter Druck. Hier wird erwähnt, dass am 1 Juni 2013 die Glattbrück aus Sicherheitsgründen gesperrt werden musste. Die GRPK wollte wissen, ob die Brücke beim Hochwasser Schaden erlitten hat. Die Antwort viel kurz aber klar aus: „*Nein; Bei der visuellen Nachkontrolle wurden keine Schäden festgestellt.*“ Ein Punkt bezüglich des Geschäftsberichts ist aber wichtig. Die Liste der unerledigten parlamentarischen Vorstösse ist unvollständig. Oder anders formuliert: drei Postulate können abgeschrieben werden, der nötige Antrag vom Stadtrat liegt vor, wurde aber dem Gemeinderat noch nicht unterbreitet. Dies wird noch nachgeholt, so dass die betroffenen 3 Postulate dann korrekt abgeschrieben sind, denn erfüllt sind diese, was man bereits dem Geschäftsbericht 2012 entnehmen kann. Blättert man den Geschäftsbericht, den die GRPK zur Prüfung erhalten hat durch, so sehen wir vor allem Texte und Zahlen, die wie erwähnt sehr informativ sind, doch sieht der Bericht nicht wirklich „aamäkelig“ aus. Ich habe nun auf der Homepage den fertigen Bericht angeschaut und kann dessen Lektüre nur empfehlen. Die Bebilderung ergänzt den Text und die Zahlen treffend und lockert den Bericht damit auf. Der Geschäftsbericht zeigt, wie bunt und vielfältig unsere Stadt ist. Die GRPK beantragt einstimmig die Genehmigung des Geschäftsbericht 2013 der Stadt Dübendorf. Ich bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.“

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen

„Ich danke der GRPK für die gute Auseinandersetzung mit dem Geschäftsbericht 2013 sowie dem von Andrea Kennel erhaltenem Lob. Die nicht-bebilderte Version entsteht jeweils, damit der Geschäftsbericht den GRPK/GR-Mitglieder möglichst frühzeitig abgegeben werden kann. Bezüglich Glattbrücke möchte ich aber auf eine neue Entwicklung aufmerksam machen. Die neuesten Aufnahmen, welche jedoch nichts mit dem Wasserschaden im 2013 zu tun haben, haben erhebliche Schäden an der Statik der Brücke gezeigt. Dadurch wird eine Teilsperre der Brücke notwendig. Dies bedeutet, dass die Brücke für den Schwerverkehr gesperrt und Busse nur noch einzeln auf die Brücke gelassen werden. Dies wird nächsten bekannt gegeben und es ist mir darum wichtig mitzuteilen, dass dieser Schaden nicht im Zusammenhang mit dem Wasserschaden im 2013 steht.“

Diskussion

Keine.

Detailberatung

Kapitel 1 Gemeinderat

Keine Bemerkungen



Kapitel 2 Stadtrat

Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Geschäftsleitung

Keine Bemerkungen

Kapitel 4 Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Finanzen, Steuern und Liegenschaften

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 7 Planung

Keine Bemerkungen

Kapitel 8 Hochbau

Keine Bemerkungen

Kapitel 9 Tiefbau

Keine Bemerkungen

Kapitel 10 Soziales

Keine Bemerkungen

Kapitel 11 Bildung

Keine Bemerkungen

Kapitel 12 Friedensrichter

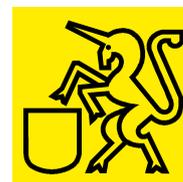
Keine Bemerkungen

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 34 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Der Geschäftsbericht 2013 der Stadt Dübendorf wird genehmigt.



7. Wahlen für die Amtsdauer 2014-2018

7.1. Wahl der Mitglieder der Sozialbehörde für die Amtsdauer 2014-2018

Wahlvorschlag IFK

Namens der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt Theo Johner (BDP) folgende Personen in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl als Mitglieder der Sozialbehörde vor:

Albrecht Caroline	BDP	Langhagweg 2	8600 Dübendorf	Bisher
Klößner Rosa	SP	Hörnlistrasse 15	8600 Dübendorf	Bisher
Schneider Nelly	SVP	Alte Gfennstrasse 7	8600 Dübendorf	Neu
Zeier Regula	CVP	Raubbühlstrasse 43	8600 Dübendorf	Bisher

Der Vorschlag wird nicht vermehrt und nach Usanz in globo gewählt.

Wahlergebnis

Die vorgeschlagenen Personen werden mit 34 zu 0 Stimmen als Mitglieder der Sozialbehörde für die Amtsdauer 2014-2018 gewählt.

7.2. Wahl der Mitglieder der Jugendkommission für die Amtsdauer 2014-2018

Wahlvorschlag IFK

Namens der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt Theo Johner (BDP) folgende Personen in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl als Mitglieder der Jugendkommission vor:

Angliker Stefan	FDP	Hörnlistrasse 18a	8600 Dübendorf	Neu
Fenner Jana	BDP	Untere Geerenstrasse 5	8600 Dübendorf	Bisher
Jovanovic Ivan *	glp/GEU	Untere Zelglistrasse 24	8600 Dübendorf	Neu
Murer Andreas *	SVP	Bungertweg 21	8600 Dübendorf	Neu
Pauli Nadja	SP	Neugutweg 18	8600 Dübendorf	Bisher
Schanz Lukas	SVP	Nelkenstrasse 7	8600 Dübendorf	Bisher

*) Nach Art. 46 (Jugendkommission) der Gemeindeordnung müssen mindestens zwei Mitglieder der Jugendkommission bei ihrer Wahl nicht älter als 22 Jahre alt sein. Die markierten Kandidierenden erfüllen diese Voraussetzungen.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt und nach Usanz in globo gewählt.

Wahlergebnis

Die vorgeschlagenen Personen werden mit 34 zu 0 Stimmen als Mitglieder der Jugendkommission für die Amtsdauer 2014-2018 gewählt.

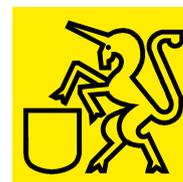


7.3. Wahl der Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2014-2018

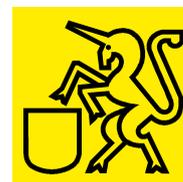
Wahlvorschlag IFK

Namens der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt Theo Johner (BDP) folgende Personen in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl als Mitglieder des Wahlbüros vor:

Attinger Rita	SVP	Meisenrain 10	8044 Gockhausen	Neu
Attinger Simon	SVP	Oberdorfstrasse 69c	8600 Dübendorf	Neu
Bachmann Mirjam	SVP	Oberdorfstrasse 69c	8600 Dübendorf	Neu
Berchtold Corina	CVP	Untere Geerenstrasse 44	8600 Dübendorf	Bisher
Besmer Doris	FDP	Tödistrasse 20	8600 Dübendorf	Bisher
Besmer Ingrid	FDP	Tödistrasse 20	8600 Dübendorf	Neu
Bickel Elsbeth	glp/GEU	Im Weidgrund 8	8600 Dübendorf	Bisher
Bickel Wolf	glp/GEU	Im Weidgrund 8	8600 Dübendorf	Bisher
Biggel Roger	FDP	Sunnhaldenstrasse 4	8600 Dübendorf	Neu
Biggel Verena	FDP	Sunnhaldenstrasse 4	8600 Dübendorf	bisher
Bless Elisabeth	BDP	Eichstockstrasse 5	8600 Dübendorf	Neu
Boos Peter	Grüne	Im Winkel 6	8600 Dübendorf	Bisher
Boos Brühwiler Helena	glp/GEU	Wasserfurrenstrasse 14	8600 Dübendorf	Neu
Brechbühl Markus	EDU	Saatwiesenstrasse 14	8600 Dübendorf	Bisher
Brunner Irene	SVP	Alte Landstrasse 5a	8600 Dübendorf	Bisher
Burkhard Patrizia	SVP	Meiershofstrasse 32	8600 Dübendorf	Bisher
Burkhardt Daniel jun.	SVP	Mettlenweg 6	8600 Dübendorf	Bisher
Dunst Beatrix	glp/GEU	Usterstrasse 62	8600 Dübendorf	Bisher
Dunst Gabriela	SP	Usterstrasse 62	8600 Dübendorf	Bisher
Elsener Martin	CVP	Glärnischstrasse 20	8600 Dübendorf	Bisher
Filli Trudi	CVP	Sonnenbergstrasse 30	8600 Dübendorf	Bisher
Fischer Edith	SVP	Alte Landstrasse 11b	8600 Dübendorf	Neu
Fischer Sarah	glp/GEU	Alpenstrasse 11	8600 Dübendorf	Neu
Freuler Alexandra	SP	Fällandenstrasse 2	8600 Dübendorf	Bisher
Fritschi André	glp/GEU	Alpenstrasse 33	8600 Dübendorf	Neu
Fritschi Nolly	glp/GEU	Alpenstrasse 33	8600 Dübendorf	Bisher
Fritschi Tanja	glp/GEU	Alpenstrasse 33	8600 Dübendorf	Neu
Fröhlich Elisabeth	SVP	Sunnhaldenstrasse 6c	8600 Dübendorf	Bisher
Gasser Arthur	EDU	Adlerstrasse 12	8600 Dübendorf	Neu
Geiger Simone	FDP	Am Gfenngraben 19	8600 Dübendorf	Bisher
Giger Heidi	SP	Wallisellenstrasse 26a	8600 Dübendorf	Bisher
Grob Jeremy Kaspar	SVP	Ursprungstrasse 6	8044 Gockhausen	Neu
Gull Edwin	BDP	Im Trübacker 4	8600 Dübendorf	Bisher
Gyger Jacqueline	SVP	Neuhofstrasse 28	8600 Dübendorf	Bisher
Halter Gisela	SVP	Eglishölzliweg 1	8600 Dübendorf	Bisher
Hänni Annika	glp/GEU	Churfürstenstrasse 24	8600 Dübendorf	Neu
Hartmann Emilia	BDP	Raubbühlstrasse 12	8600 Dübendorf	Bisher
Hauser Adrian	glp/GEU	Glärnischstrasse 43	8600 Dübendorf	Neu
Henggeler Karl	BDP	Wilstrasse 87	8600 Dübendorf	Neu
Herter Esther	FDP	Alte Gfennstrasse 85	8600 Dübendorf	Bisher
Herter Rudolf	FDP	Alte Gfennstrasse 85	8600 Dübendorf	Bisher



Hess Beat	Grüne	Arkadenweg 6	8600 Dübendorf	Bisher
Huber Burkhard	glp/GEU	In der Weid 20	8600 Dübendorf	Neu
Immler Rosmarie	BDP	Neuweg 13	8600 Dübendorf	Neu
Jaura Anjum	glp/GEU	Tichelrütistrasse 24	8600 Dübendorf	Neu
Kanca Ida	CVP	Lindenstrasse 3	8600 Dübendorf	Bisher
Keller Renata	glp/GEU	Wallisellenstrasse 20	8600 Dübendorf	Bisher
Kleiner Roswitha	SVP	Am Gfenngaben 17	8600 Dübendorf	Bisher
Kost Oliver	SVP	Untere Geerenstrasse 20c	8600 Dübendorf	Bisher
Lanzendörfer Regula	SP	Meiershofstrasse 11	8600 Dübendorf	Bisher
Lutz Christoph	SVP	Schulhausstrasse 21	8600 Dübendorf	Neu
Meier Ueli	SVP	Nelkenstrasse 7	8600 Dübendorf	Neu
Meister Katharina	SP	Zürichstrasse 52	8600 Dübendorf	Bisher
Metzler Monika	glp/GEU	Storchengasse 17	8600 Dübendorf	bisher
Meyer Eveline	SVP	Wilstrasse 77	8600 Dübendorf	Bisher
Mühlestein Ernst	SP	Wangenstrasse 16	8600 Dübendorf	Bisher
Mundt Walter	SVP	Kasernenstrasse 4	8600 Dübendorf	Bisher
Ott Regula	BDP	Grützenstrasse 53	8600 Dübendorf	Neu
Parpan Josef Anton	BDP	Wilstrasse 7	8600 Dübendorf	Bisher
Rechsteiner Roger	BDP	Meiershofstrasse 28a	8600 Dübendorf	Bisher
Ritter Doris	SVP	Obere Geerenstrasse 40c	8600 Dübendorf	Bisher
Ritter Heinz	SVP	Obere Geerenstrasse 40c	8600 Dübendorf	Bisher
Rossel Sarah Corina	SVP	Birchlenstrasse 25a	8600 Dübendorf	Bisher
Schanz Lukas	SVP	Nelkenstrasse 7	8600 Dübendorf	Bisher
Schnider Daniel	SP	Wallisellenstrasse 26a	8600 Dübendorf	Bisher
Schwegler Guido	SVP	Am Gfenngaben 17	8600 Dübendorf	Bisher
Schwegler Tanja	SVP	Am Gfenngaben 17	8600 Dübendorf	Neu
Senn Margrith	SP	Stägenbuckstrasse 8a	8600 Dübendorf	Bisher
Senn Max	SP	Stägenbuckstrasse 8a	8600 Dübendorf	Neu
Sigrist Nadja	FDP	Eichackerstrasse 14	8600 Dübendorf	Neu
Stalder Katrin	EVP	Alte Gfennstrasse 64a	8600 Dübendorf	Bisher
Steiner Doris	EVP	In Grosswiesen 15	8600 Dübendorf	Bisher
Steiner Rita	SVP	Raubühlstrasse 36	8600 Dübendorf	Neu
Stettbacher Lilli	SVP	Alte Gfennstrasse 79	8600 Dübendorf	Bisher
Stockmann Benedikt	BDP	Neuhofstrasse 29	8600 Dübendorf	Neu
Stockmann Esther	BDP	Neuhofstrasse 29	8600 Dübendorf	Neu
Stüdl Othmar	CVP	In der Weid 9	8600 Dübendorf	Bisher
Stüssi Selina	SP	Wilstrasse 61	8600 Dübendorf	Neu
Takacs Laszlo	CVP	Kunklerstrasse 26	8600 Dübendorf	Bisher
Tanner Markus	glp/GEU	Untere Geerenstrasse 61	8600 Dübendorf	Bisher
Tröster Beate	Grüne	Im Weidgrund 2	8600 Dübendorf	Neu
Tschumi Thomas	BDP	Oberdorfstrasse 69c	8600 Dübendorf	Bisher
Tschumi Ernst	EVP	Untere Geerenstrasse 2	8600 Dübendorf	Bisher
Volz Melchior	BDP	Eglishölzliweg 38	8600 Dübendorf	Neu
Vuilleumier Fernand	SP	Im Zwinggarten 23	8600 Dübendorf	Bisher
Vuilleumier Karin	SP	Im Zwinggarten 23	8600 Dübendorf	Bisher
Vuilleumier Romina	SP	Im Zwinggarten 23	8600 Dübendorf	Bisher
Wagenseil Christine	SVP	Buenstrasse 24	8600 Dübendorf	Neu
Walder Patrick	SVP	Usterstrasse 65	8600 Dübendorf	Neu
Weder Albert	SVP	Eichackerstrasse 18	8600 Dübendorf	Bisher



Wichser Michael	FDP	Raubbühlstrasse 40	8600 Dübendorf	Bisher
Zwimpfer Guido	CVP	Untere Zelglistrasse 4	8600 Dübendorf	Neu
Zwimpfer Rita	CVP	Untere Zelglistrasse 4	8600 Dübendorf	Neu

Der Vorschlag wird nicht vermehrt und nach Usanz in globo gewählt.

Wahlergebnis

Die vorgeschlagenen Personen werden mit 34 zu 0 Stimmen als Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2014-2018 gewählt.



Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf §151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patrick Schnider
Gemeinderatspräsident

Stefanie Huber
Stimmenzählerin

Barbara Schori
Stimmenzähler

Andreas Sturzenegger
Stimmenzähler